

Zwei Jahrzehnte bewegter Landesgeschichte: SPD stellt Regierungschefs – CDU in 70er Jahren stärkste Fraktion

Zwei Jahrzehnte bewegter Landesgeschichte: 1970, im Gründungsjahr von „Landtag intern“, regierte bereits ein SPD-Ministerpräsident das Land Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn. Allerdings führte er eine Koalition. Die SPD/F.D.P.-Regierung war nach dem Sturz des 3. Kabinetts von CDU-Ministerpräsident Dr. Franz Meyers am 8. Dezember 1966 durch ein Mißtrauensvotum an die Macht gekommen. Diese Koalitionsregierung, ab 1978 unter der Führung von Johannes Rau (SPD), hielt bis 1980. Die Schwerpunkte der Regierungsarbeit in den 70er Jahren lagen auf der Strukturpolitik, der Sozialpolitik zur Behebung der Krise in den Bereichen des Bergbaus und der Stahlindustrie, der kommunalen Gebietsreform, dem Ausbau des Hochschulwesens, der Bildungsreform und der Reform des Strafvollzugs. Größte Fraktion im Parlament war indessen die CDU-Fraktion. Sie stellte in den 70er Jahren auch den Landtagspräsidenten. Im Jahre 1980, am 11. Mai, erlangte die SPD erstmalig die absolute Mehrheit, die sie 1985 noch ausbaute und 1990 verteidigte. Ministerpräsident Johannes Rau konnte ohne Koalitionsrücksichten seine Politik durchsetzen, die schlaglichtartig mit den Politikfeldern Schule und Bildung, Weiterbildung, Rundfunk und neue Medien, Umweltschutz, Frauenförderung, Europa sowie Strukturveränderung, Wirtschaftsförderung und Wandel im Ruhrgebiet umrissen ist. In der Opposition war in diesem Jahrzehnt ab 1980 zunächst nur die CDU, seit 1985 auch die F.D.P. und 1990 kamen DIE GRÜNEN als dritte Oppositionsfraktion hinzu.

14. Juni 1970

Landtagswahl zur 7. Wahlperiode:
CDU 46,3 %, SPD 46,1 %, F.D.P. 5,5 %.

28. Juli 1970

2. Kabinett Kühn:
SPD/F.D.P.-Koalition.

14. Dezember 1971

Änderung des Abschnitts „Finanzwesen“ in der Landesverfassung in Orientierung an der bundesstaatlichen Finanzreform von 1969 und unter Berücksichtigung des Instrumentariums der Gemeinschaftsaufgaben.

28. Januar 1972

Die Regierungschefs der Länder verabschiedeten die Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen (sogenannter Radikalenerlaß).

21. März 1972

Neufassung des Art. 46 der Landesverfassung (Unvereinbarkeit von Amt und Mandat).

30. Mai 1972

Gesamthochschulerrichtungsgesetz:
Die Gesamthochschulen Duisburg, Essen, Paderborn, Wuppertal, Siegen werden zum 1. August 1972 gegründet.

12. Juli 1972

Zusammenlegung der Regierungsbezirke Aachen und Köln.

1. Mai 1973

Der Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen tritt in Kraft.

8. November 1973

Gesetz zur Änderung des Schulverwaltungsgesetzes und zur Überführung staatlicher Schulen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände.

18. Dezember 1973

Abfallgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen.

19. März 1974

Gesetz zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm).

2. April 1974

Gesetz zur vorübergehenden Regelung von Einzelfragen aus Anlaß der kommunalen Neugliederung (Vorschaltgesetz).

24. Juni 1974

Änderung des Art. 31 (2) der Landesverfassung:

Kopplung des Wahlbarkeitsalters an Volljährigkeit, Wohnsitz und Wahlberechtigung.

31. Juli 1974

Weiterbildungsgesetz

29. Oktober 1974

Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen.

5. November 1974

Verabschiedung der letzten beiden Neugliederungsgesetze für die Räume Köln und Sauerland/Paderborn.

26. November 1974

Neugliederungsschlußgesetz

1. Dezember 1974

Beschluß über die Errichtung der Fernuniversität Hagen.

3. Dezember 1974

Landespersonalvertretungsgesetz.

1. Januar 1975

Senkung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre.

Die kommunale Neugliederung in Nordrhein-Westfalen tritt in Kraft.

25. Februar 1975

Krankenhausgesetz des Landes.

4. Mai 1975

Landtagswahlen zur 8. Wahlperiode:
CDU 47,1 %, SPD 45,1 %, F.D.P. 6,7 %.

4. Juni 1975

3. Kabinett Kühn:
SPD/F.D.P.-Koalition.

Dezember 1975

Der Verfassungsgerichtshof korrigiert drei Neugliederungsgesetze: Wesseling, Monheim, Gladbeck und Kirchhellen erhalten ihre Selbständigkeit zurück.

24. Februar 1976

Die Landesregierung beschließt „Vorläufige Richtlinien über die Beurteilung von Zweifeln an der Verfassungstreue von Bewerbern im öffentlichen Dienst“.

4. Mai 1976

Änderung des Mitbestimmungsgesetzes in Orientierung an der Montan-Mitbestimmung.

1. Juli 1976

Abschluß der kommunalen Neugliederung: Die Zahl der Gemeinden verringert sich von 2536 auf 396, die der Kreise von 57 auf 31 und die der kreisfreien Städte von 38 auf 23.

9. November 1976

SPD/F.D.P.-Fraktionen bringen einen Gesetzentwurf zur kooperativen Schule ein.

8. November 1977

Änderung des Schulverwaltungsgesetzes: Gesetzmäßige Einführung der kooperativen Schule.

13. Dezember 1977

Verabschiedung des Schulmitwirkungsgesetzes.

28. Februar 1978

Beendigung des in der zweiten Februarhälfte durchgeführten Volksbegehrens gegen die kooperative Schule:

29,8 % der Wahlberechtigten hatten sich in die Liste der Bürgerinitiative eingetragen. Erstmals ist damit ein Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen erfolgreich.

11. Juli 1978

1. Gesetz zur Funktionalreform:
In drei Gesetzen zur Funktionalreform (1978, 1979, 1984) vollzieht das Land die Neuverteilung der Aufgaben und Zuständigkeiten im Verwaltungsbereich aufgrund der Gebietsreform nach.

20. September 1978

1. Kabinett Rau:
Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Heinz Kühn wird Johannes Rau zum Regierungschef gewählt. Er bildet eine Koalitionsregierung von SPD/F.D.P.

Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen. Ergänzung des Artikels 4 der Landesverfassung um einen Absatz 2 (Anspruch auf Schutz der personenbezogenen Daten) sowie Einfügung eines Artikels 77a (Landesbeauftragter für den Datenschutz).



Der kleine König

Der 1975 wiedergewählte Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) trägt seinem Koalitionspartner Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) die Schleppe. Riemer gehört auch heute dem Parlament als Abgeordneter an.

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

27. März 1979

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen den Ländern vom 23. Juni 1978 über die Vergabe von Studienplätzen.

8./9. Mai 1979

Ruhrgebietskonferenz in Castrop-Rauxel.

4. Juli 1979

Gesetz über die Verlängerung der Schulpflicht auf 10 Jahre.

20. November 1979

Gesetz über die Wissenschaftlichen Hochschulen und die Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen in Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes.

17. Februar 1980

Gründung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr.

1980

Jahrhundertvertrag:

Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Bund: Vorrang heimischer Kohle bei Energieerzeugung.

11. Mai 1980

Landtagswahl zur 9. Wahlperiode:

SPD 48,8 %, CDU 43,2 %, F.D.P. 4,9 %.

Der Oppositionsführer Heinrich Köppler ist kurz vor der Wahl gestorben. Neuer Vorsitzender der CDU-Fraktion wird Kurt Biedenkopf.

4. Juni 1980

2. Kabinett Rau:

Die SPD ist alleinige Regierungspartei.

21. Juli 1981

Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen.

21. Juli 1981

Die Gesamtschule wird Regelschule in Nordrhein-Westfalen.

26. März 1982

Stahlstandortprogramm.

5. Juli 1982

Durch eine Serie im Spiegel kommt die Parteispendenaffäre, bekannt unter dem Namen „Flick-Affäre“, ins Rollen. Am 19. Mai 1983 setzt der Bundestag einen Untersuchungsausschuß ein, 1985 der nordrhein-westfälische Landtag.

26. Juni 1984

Gesetz zur Förderung wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen).

6. November 1984

Gesetz zur Erhaltung und Pflege von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen.

6. November 1984

Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der beruflichen und politischen Weiterbildung (Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz).

18. Dezember 1984

Änderung Art. 41 der Landesverfassung betreffend Untersuchungsausschüsse.

Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landes Nordrhein-Westfalen.

19. März 1985

Ergänzung Art. 7 (2) und Einfügung eines Artikels 29 (a) der Landesverfassung: Umweltschutz als Verfassungsauftrag.

WDR-Gesetz: Neufassung des Gesetzes von 1954.

12. Mai 1985

Landtagswahl zur 10. Wahlperiode:

SPD 52,1 %, CDU 36,5 %, F.D.P. 6,0 %.

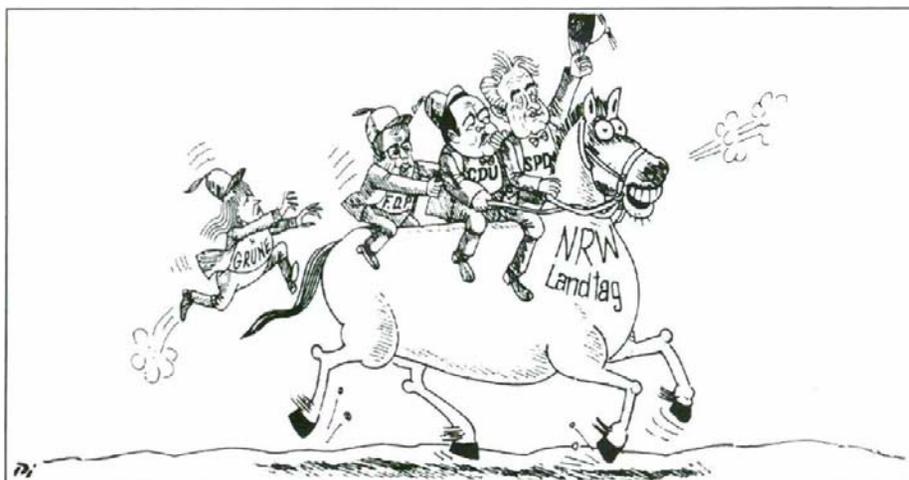
5. Juni 1985

3. Kabinett Rau:

Die SPD ist alleinige Regierungspartei.

24. September 1985

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur sog. Parteispendenaffäre.



„Frisch auf, Kameraden, aufs Pferd, aufs Pferd“ nannte Karikaturist Klaus Pielert diese in der WAZ kurz vor den Wahlen 1985 erschienene Karikatur. Tatsächlich schafften es alle, die auf dem Rücken des NRW-Rosses Platz gefunden hatten. Den GRÜNEN glückte erst 1990 der Sprung ins Parlament.

7. März 1986

Der Landtag beschließt, das Amt einer Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauenfragen einzurichten.

Einsetzung des Untersuchungsausschusses „Neue Heimat“.

24. Juni 1986

Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich: Vorgeschrieben wird eine Neuordnung des horizontalen Finanzausgleichs.

2. Oktober 1986

Festakt zum 40. Jahrestag der ersten Landtagssitzung nach der Bildung des Landes im August 1946.

19. Januar 1987

Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LRG NW).

25. März 1987

Beschluß des Landtags über Einsatz und Auftrag der Kommission „Mensch und Technik“.

15. Oktober 1987

Einsetzung eines Sonderausschusses für Frauenfragen im Landtag.

20. Oktober 1987

Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen in Umsetzung der Änderung des Hochschulrahmengesetzes.

3. November 1987

Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NW).

8. Dezember 1987

Änderung des WDR-Gesetzes und des Rundfunkgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen.

3. Dezember 1987

Beratung des Plans 2001 zur Lebensfähigkeit und Zukunft der Hochschulen.

21. Juni 1988

Landesabfallgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen.

2. Oktober 1988

Offizielle Eröffnung des Parlamentsneubaus für den nordrhein-westfälischen Landtag.

13. Dezember 1988

Gesetz zum Staatsvertrag über die Höhe der Rundfunkgebühren und zur Änderung des Staatsvertrages über einen Finanzausgleich zwischen den Rundfunkanstalten.

14. Dezember 1988

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Geiselnahme Gladbeck“.

30. Januar 1989

Die Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung

innerhalb der Bundesrepublik Deutschland — auch in einem vereinten Europa“ tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

22. Februar 1989

Regierungserklärung zu den Ergebnissen der „Mikat-Kommission“ (Kommission Montanregionen des Landes Nordrhein-Westfalen) und zur Erneuerung der Montanregionen.

23. Februar 1989

Aktuelle Stunde über ein kommunales Wahlrecht für Ausländer.

15. März 1989

Abschlußbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Neue Heimat“.

20. Juni 1989

Änderung Art. 5 (2) der Landesverfassung: Gleichachtung der Familien- und Berufarbeit von Mann und Frau.

23. August 1989

Einstimmig verabschiedete Entschließung zur „Gemeinschaftscharta der Regionalisierung“ des Europäischen Parlaments.

31. Oktober 1989

Frauenförderungsgesetz.

13. Dezember 1989

Der Landtag stimmt dem Satellitenfernseh-Staatsvertrag zu.

14. Dezember 1989

Gesetz über den Verfassungsgerichtshof: Anpassung des Gesetzes von 1952.

18. Januar 1990

Der Landtag verabschiedet die Gesetze für die Wasserverbände.

16. Februar 1990

2. Rundfunkänderungsgesetz. Der WDR kann in Kabelanlagen live Debatten aus dem Landtag übertragen.

14. März 1990

Der Hauptausschuß gibt grünes Licht für eine fünfte Hörfunkkette des WDR.

28. März 1990

Der Landtag verabschiedet ein Gesetz zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen.

13. Mai 1990

Landtagswahl zur 11. Wahlperiode: SPD 50,0 %, CDU 36,7 %, F.D.P. 5,8 %, DIE GRÜNEN 5,0 %.

31. Mai 1990

Konstituierende Sitzung. Ingeborg Friebe (SPD) wird als erste Frau Landtagspräsidentin.

6. Juni 1990

4. Kabinett Rau.

Die SPD regiert mit absoluter Mehrheit.